

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

19.06.2015

Pressemitteilung Nr. 17-582

Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge leistet wichtigen Beitrag

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni fordert das Kinderhilfswerk *terre des hommes* die Bundesregierung auf, in allen Aufnahme- und Asylverfahren entsprechend dem gültigen Völkerrecht das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen. „Die aufgestellten Forderungen sind sehr zu begrüßen. Viele Kinder haben schlimme Erfahrungen gemacht und kommen traumatisiert nach Deutschland. An dieser Stelle ist es sehr wichtig schnell und qualifiziert zu helfen“, so Dr. Christos Pantazis, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe. „Die rot-grünen Fraktionen unterstützen schon jetzt das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge mit jährlich 300.000 Euro und setzen sich weiter für eine Stärkung der Flüchtlingssozialarbeit auch in der Fläche ein. Die vorige CDU/FDP-Landesregierung hatte sich dieser Problematik leider jahrelang immer verwehrt und auch bei den Haushaltsberatungen allenfalls geringe Mittel einstellen wollen. Auch die Einführung des Psychosozialen Zentrums für die Beratung und Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen in Hannover war von der rot-grünen Landesregierung ein erster wichtiger Schritt, um den Menschen, die zu uns kommen, gezielt helfen zu können“, macht Pantazis weiter deutlich.

In diesem Zusammenhang sieht der Abgeordnete auch die Bundesebene in der Pflicht, sich zu öffnen und einen stärkeren Beitrag zu leisten. Der Bund muss an dieser Stelle seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht werden und dies z. B. mit der Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge verdeutlichen. „Kommunen und Länder dürfen mit dieser Problematik nicht länger alleine gelassen werden, deshalb ist die

zugesagte strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung ein gutes Signal, aber noch nicht das Ende der Debatte“, ergänzt der innenpolitische Sprecher, Ulrich Watermann.

„Es wird immer mehr offenbar, dass es mit den Kosten der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen allein nicht getan ist, sondern dass die Folgen für Kindertagesstätten und Schulen ebenfalls mit in den Blick genommen werden müssen. Es ist gut, dass das Thema der Verteilung unbegleiteter Minderjähriger ebenfalls auf dem Flüchtlingsgipfel angesprochen worden ist“, so Watermann abschließend.